VENEZUELA

Gespräche mit dem Erzfeind

Die USA wollen ihre Beziehungen zur linkspopulistischen Regierung in Caracas verbessern. So telefonierte etwa die Ministerialdirektorin Roberta Jacobsen Ende November persönlich mit dem venezolanischen Vizepräsidenten Nicolás Maduro. Dieser regte daraufhin sogar an, im Februar, zu Beginn der zweiten Amtsperiode von Präsident Barack Obama, wieder Botschafter auszutauschen. Caracas hatte vor vier Jahren den Botschafter der Vereinigten Staaten ausgewiesen, Washington schickte daraufhin den Vertreter Venezuelas zurück. Präsident Hugo Chávez selbst hatte im vergangenen Jahr den Grundstein für eine Verbesserung der Beziehungen gelegt: Er sprach sich für die Wiederwahl von Obama aus und verzichtete auf Hasstiraden gegen das „Imperium“. Nun rechnet die US-Regierung offenbar damit, dass Maduro der neue starke Mann werden könnte. Chávez hatte ihn zu seinem Stellvertreter berufen und mit zusätzlichen Vollmachten ausgestattet. Maduro, der bereits als Außenminister diente, genießt zudem das Vertrauen des kubanischen Präsidenten Raúl Castro und seines Bruders Fidel. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind eng. In Havanna hatte sich Chávez vor vier Wochen erneut einen Tumor aus dem Unterleib entfernen lassen, danach erkrankte er an einer schweren Lungenentzündung. Seine Regierungspartei Psuv demonstriert zwar nach außen hin Einheit in der Nachfolgefrage, aber die Chávez-Anhänger sind gespalten. Als potentieller Rivale Maduros gilt Parlamentspräsident Diosdado Cabello. Er hat gute Beziehungen zu den Streitkräften, allerdings fehlt ihm der Rückhalt Kubas. Die Castro-Brüder sehen in Cabello einen jener Parteibonzen, die unter Präsident Chávez reich geworden sind.

AFP

Maduro

TÜRKEI

„Erdogan muss verhandeln“

Remzi Kartal, 64, Führungsmitglied der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, über neue Gespräche mit der Regierung in Ankara

SPIEGEL: Im Dezember traf sich der türkische Geheimdienstchef mit Ihrem seit 1999 inhaftierten Anführer Abdullah Öcalan. Worum ging es?
Kartal: Nach über 500 Tagen Isolationshaft erhielt Öcalan erstmals Besuch von Vertretern des türkischen Staates. Seine Anwälte dürfen ihn aber bis heute nicht sehen. Bei dem Treffen ging es vermutlich um eine Fortsetzung des Dialogs. Die Regierung hat begriffen, dass es keine militärische Lösung des Kurden-Konflikts geben kann.
SPIEGEL: Der letzte Dialog endete erfolglos, allein im vergangenen Jahr starben bei Kämpfen zwischen der PKK und der Armee über 700 Menschen. Warum sollte es jetzt funktionieren?
Kartal: Ich glaube nicht, dass Premier Recep Tayyip Erdogan den Konflikt bislang wirklich lösen wollte. Aber inzwischen hat sich die Lage der Kurden erheblich verbessert, wir profitieren von der politischen Entwicklung in der Region. Das setzt Erdogan unter Druck: Er muss verhandeln.
SPIEGEL: Stimmt es, dass die PKK Waffenlieferungen vom wankenden syrischen Regime erhalten hat?
Kartal: Das ist eine Lüge, die von der Türkei gestreut wurde. Richtig ist, dass sich die Mehrheit der syrischen Kurden inzwischen eigenständig organisiert, sie hält weder zu Baschar al-Assad noch zur Opposition.
SPIEGEL: Die Türkei fordert die Entwaffnung der PKK als Bedingung für echte Friedensgespräche. Warum fällt Ihnen das so schwer?
Kartal: Bevor wir unsere Guerillakämpfer abziehen, brauchen wir zuerst glaubwürdige Schritte seitens der Regierung. Wir wissen noch nicht, ob sie tatsächlich die kurdische Frage lösen oder nur die PKK auflösen wollen.

HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

Kurden-Protest in der Osttürkei

RUSSLAND

Böser Witz

Wird Ex-Präsident Dmitrij Medwedew in diesem Jahr auch vom Posten des Premierministers verdrängt? Das russische Nachrichtenmagazin „Profil“ bezeichnet den möglichen Rauswurf durch Wladimir Putin als die „verbreitetste politische Prognose für 2013“. Seit seinem Amtsantritt im Mai hat Präsident Putin Medwedew systematisch gedemütigt: Er kassierte so gut wie alle liberalen Reformen seines Vorgängers. In Moskau macht schon ein böser Witz über Putin als Sadist und Medwedew als Masochist die Runde: Medwedew kommt ins Präsidentenbüro und fragt Putin, ob er ihn heute wieder schlagen werde. Putin antwortet: „Nein, heute mal nicht.“
Als Favoriten für die Nachfolge gelten vor allem der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin, der Moskauer Oberbürgermeister Sergej Sobjanin, Verteidigungsminister Sergej Schoigu und Vizepremier Dmitrij Rogosin. Kudrin kritisiert, das vergangene Jahr unter Medwedew sei „politisch und wirtschaftlich ein verlorenes“ gewesen. Tatsächlich kommen die dringend notwendigen Reformen des Rentensystems und des Gesundheitswesens nicht voran, dafür häufen sich skandalöse Personalentscheidungen.